

Antworten auf die Frauenpolitischen Fragen des Frauenbündnis Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2026

Allgemeines Verständnis und Parteiprogramm

- 3. Wie definiert Ihre Partei „Gleichstellung der Geschlechter“ und wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf in der Landespolitik, um diese Gleichstellung nicht nur rechtlich, sondern auch de facto (z. B. im Alltag, in Politik, Verwaltung, Bildung, Arbeit) zu erreichen?**

Als CDU Rheinland-Pfalz bekennen wir uns zu unserer freien Gesellschaft, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Gleichstellung kann nur gelingen, wenn Frauen wirtschaftlich unabhängig sein können, sicher leben und Zugang zu guter Bildung, Gesundheit und staatlichen Leistungen haben – in Stadt und Land.

Dabei sehen wir insbesondere in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

- Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt (Prävention, Beratung, sichere Unterbringung)
- Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf (Betreuungsangebote, flexible Arbeitsmodelle, gute Pflegeinfrastruktur)
- wirtschaftlicher Unabhängigkeit (Rückkehr in den Beruf, Aufstiegschancen, faire Entlohnung)
- Gesundheitsversorgung (wohnnah, barrierefrei, mit Blick auf frauenspezifische Bedarfe)

- 4. Frauen stellen 50% der Bevölkerung und sind dennoch nicht entsprechend in Kommunalpolitik oder im Landtag vertreten. Ein echtes Paritätsgesetz könnte dieses Problem lösen. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen und andere marginalisierte Geschlechter in politischen Gremien, Landesbehörden und Kommunalpolitik angemessen vertreten sind und auch selbst aktiv werden?**

Frauen sind in der Politik, insbesondere auf kommunaler Ebene, immer noch unterrepräsentiert. Wir arbeiten daran, die Chancengleichheit und Teilhabe von Frauen weiter voranzubringen. Wir setzen auf gezielte Nachwuchs- und Mentoringprogramme,

familienfreundliche Sitzungs- und Gremienzeiten, aktive Ansprache und Förderung von Kandidatinnen, parteiinterne Frauen-Netzwerke und Qualifizierungsangebote.

5. Wie werden Sie Mädchen- und Frauenorganisationen in RLP ideell, aber auch finanziell berücksichtigen und aktiv in frauenpolitische Themen und Fragen mit einbeziehen?

Wir werden Mädchen- und Frauenorganisationen in Rheinland-Pfalz ideell wie gehabt durch einen regelmäßigen Austausch und frühzeitige Beteiligung bei frauenpolitischen Gesetzes- und Fördervorhaben einbeziehen. Finanziell stehen wir für eine verlässliche und auskömmliche Förderung, insbesondere für Beratungsstellen, Frauenhäuser und Präventionsprojekte.

6. Für die Gleichstellung der Geschlechter einzutreten, ist in Rheinland-Pfalz auch kommunale Pflichtaufgabe. Danach muss es in allen zwölf kreisfreien Städten und den 24 Landkreisen hauptamtlich besetzte Gleichstellungsstellen oder Frauenbüros geben. Alle anderen Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind verpflichtet, die Gleichstellung zu fördern und wenigstens ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte benennen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gleichstellungsstellen und Frauenbüros zur hauptamtlichen Pflicht für alle Städte und Kommunen werden?

Gleichstellung ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Zugleich unterscheiden sich die Kommunen in Größe, Verwaltungsstruktur und Ressourcen. Eine pauschale Verpflichtung zu hauptamtlichen Stellen in jeder Kommune halten wir nicht automatisch für zielführend, weil sie gerade kleinere Gemeinden organisatorisch und finanziell überfordern würde.

Arbeits- und Berufsleben

7. Wie will Ihre Partei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz verbessern?

Aus Sicht der CDU Rheinland-Pfalz ist bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Betreuungssituation von besonderer Bedeutung. Deshalb garantieren wir

flächendeckende, ganztägige und qualitativ hochwertige Kitas mit verlässlichen Öffnungszeiten, damit Familien nicht Woche für Woche neue Planungen anstellen müssen. Darüber setzen wir uns im Rahmen unserer Grundschul-Garantie auch hier für Verlässlichkeit und bessere Betreuungszeiten ein. Unterrichtsgarantie von 8 bis 14 Uhr an allen Grundschulen, kostenloses gesundes Mittagessen sowie Hausaufgabenbetreuung in der Schule. Darüberhinausgehende Ganztagsbetreuungsangebote bleiben selbstverständlich erhalten.

Weiterhin stärken wir die ambulante Pflege und fördern Pflegewohngemeinschaften. Pflegende Angehörige leisten einen Großteil der Pflege in Rheinland-Pfalz. Sie brauchen mehr Entlastung, flexible Arbeitszeiten und finanzielle Unterstützung. Wir wollen sie gezielt fördern. Dafür brauchen wir einen Ausbau der Beratungsmöglichkeiten sowie von Pflegezeitmodellen und steuerlicher Entlastung auf Bundesebene. Mit der Schaffung von mehr Kurzzeit-, Tages- und Verhindertenpflegeplätzen können wir Familien unmittelbar entlasten.

8. Welche Schritte unternimmt Ihre Partei gegen den Gender Pay Gap, bzw. für faire Entlohnung und Gleichstellung am Arbeitsplatz?

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist für uns zwingend. Dabei setzen wir auf Transparenz und konsequente Anwendung der bestehenden Regeln (z.B. Entgelttransparenz), eine bessere Berufsorientierung, Programme zum Wiedereinstieg nach Familien- und Pflegezeiten, sowie gezielte Förderung.

9. Plant Ihre Partei Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in Wirtschaft und Wissenschaft?

Wir befürworten gezielte Förderung, besonders durch Mentoring-, Coaching- und Qualifizierungsprogramme, transparente Auswahl- und Beförderungsverfahren im öffentlichen Dienst, Führung in Teilzeit und Netzwerke und Programme, die Wissenschaftskarrieren von Frauen unterstützen. In der Wirtschaft setzen wir vorrangig auf Anreize, Transparenz und Best-Practice statt pauschaler und starrer Vorgaben.

Bildung, Erziehung und Genderbewusstsein

10. Welche Konzepte hat Ihre Partei, um in KiTa, Schule und Ausbildung Kompetenzen zum Umgang mit vielfältigen Lebensformen, Konfliktlösung, Gendergerechtigkeit und Gewaltprävention zu fördern?

Wir wollen Bildungseinrichtungen als Orte von Respekt, Schutz und Chancengerechtigkeit stärken. Aus unserer Sicht gehören dazu Gewaltprävention und sozial-emotionales Lernen, klare Konzepte gegen Mobbing und sexualisierte Gewalt, altersangemessene sexualpädagogische Bildung in Kooperation mit Fachstellen, sowie Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte zu Prävention, Kinderschutz, Medienkompetenz.

11. Wie will Ihre Partei Diskriminierung bzw. Stereotype in Bildung, Erziehung und Ausbildung abbauen?

Durch Lehrerfortbildung und Qualitätssicherung in der Ausbildung, sowie konsequente Arbeit gegen sexistische Sprache, Herabwürdigung und digitale Gewalt.

Gesundheit & Soziales

12. Inwiefern berücksichtigt Ihre Partei geschlechtsspezifische gesundheitliche Bedürfnisse im Land? Gibt es konkrete Pläne, z. B. für frauenspezifische Prävention, psychische Gesundheit, Schwangerschaft, Familienplanung etc.?

Wir möchten die Gesundheit von Mädchen und Frauen nachhaltig verbessern, über die gesamte Lebensspanne hinweg. Das Thema Frauengesundheit wollen wir daher insgesamt sichtbarer machen, die Datenlage zur Frauengesundheit verbessern (Gender Data Gap) und die Gender Health Gap überwinden. All das haben wir bereits in unserem Antrag („Geschlechtersensible Medizin und Frauengesundheit stärken“), den wir im Jahr 2025 in den Landtag eingebracht haben, dargelegt.

13. Das Land fördert in Rheinland-Pfalz Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle, um dem Hebammenmangel entgegenzuwirken. Trotz Geburtenrückgang wird mit einer weiteren Verschärfung des Hebammenmangels gerechnet, da die neue Abrechnungsverordnung (Hebammenhilfegesetz) für viele

Hebammen den Beruf nicht mehr ausübungswert ist. Werden Sie die Förderung der Hebammenzentralen und der hebammengeleiteten Kreißsäle durch das Land fortsetzen oder ausbauen?

Die klinische Geburtshilfe steht und fällt mit den Hebammen, und gerade die Beleghebammen tragen in vielen Häusern die Versorgung. Der neue Hebammenhilfvertrag verschärft die Lage. Als CDU Rheinland-Pfalz wollen wir uns deshalb auf Bundesebene und gegenüber den Kassen und Verbänden für Nachverhandlungen stark machen, damit Beleghebammen wieder voll vergütet werden. Weiterhin verbessern wir die Förderung von Hebammenkreißsälen und Hebammenzentralen gezielt. Wir etablieren eine Amtshebamme sowie ein Hebammenregister, welches einem neu zu schaffenden Landesgesundheitsamt angegliedert wird und erfasst, wer welche Leistungen an welchem Ort anbietet. So stellen wir systematische Datenerfassung sowie bedarfsgerechte Planung sicher. Kreißsäle, die nachweislich unter Druck stehen, sollen zudem eine Sicherstellungsfinanzierung erhalten.

14. Wird sich Ihre Partei für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und für die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die Regelgesundheitsversorgung einsetzen?

Als CDU stehen wir zur in Deutschland etablierten Schutz- und Beratungslösung, die den Schutz des ungeborenen Lebens mit der Unterstützung von Frauen in Konfliktsituationen verbindet.

15. Es ist Aufgabe der Länder, eine ausreichende, wohnortnahe Versorgung mit Angeboten für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen um die aktuell schlechte medizinische Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz zu verbessern?

Für uns ist klar: Innerhalb des geltenden Rechts müssen eine ausreichende, erreichbare Versorgung sowie entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote gewährleistet sein. Diese Strukturen werden wir sicherstellen.

16. Was sind ihre konkreten Vorhaben, um Frauen in ländlichen Gegenden Zugang zu Hilfsangeboten, medizinischer Versorgung, Bildung und Teilhabe zu ermöglichen?

Als CDU Rheinland-Pfalz finden wir: Versorgung darf nicht von der Postleitzahl abhängen. Deshalb stärken wir die haus- und fachärztliche Versorgung, bauen Digitalisierung, Telemedizin und gezielte Personalgewinnung aus und sorgen für verlässliche Kita- und Schulstrukturen auch außerhalb von Ballungsräumen.

17. Welche Pläne haben Sie, um eine flächendeckend barrierefreie gynäkologische Versorgung für Frauen mit Behinderungen zu gewährleisten?

Wir wollen, dass Frauen mit Behinderungen medizinische Leistungen ohne zusätzliche Hürden erhalten. Deshalb setzen wir auf Förderung und Anreize für barrierefreie Praxisausstattung sowie eine entsprechende Sensibilisierung und Fortbildung im Gesundheitswesen.

Diskriminierung, Vielfalt & Intersektionalität

18. Erkennt Ihre Partei an, dass Geschlecht allein nicht reicht — also z. B. Einfluss von Herkunft, sexueller Identität, Behinderung, Alter etc.? Welche Maßnahmen plant sie, um Intersektionalität zu adressieren insbesondere in Bezug auf soziale Ungleichheiten, die Frauen oft stärker betreffen (z. B. Alleinerziehende, Altersarmut, Pflegearbeit, Abbau von Sprachbarrieren)?

Benachteiligung entsteht oft im Zusammenspiel mehrerer Faktoren (z.B. Alleinerziehend, Migration/Sprachbarrieren, Behinderung oder Alter). Für uns ist klar, dass Menschen unabhängig von solchen Merkmalen frei und sicher leben können müssen. Deshalb wollen wir unter anderem Barrieren abbauen (Sprache, Zugang, digitale Teilhabe), Alleinerziehende und ältere Menschen gezielt entlasten (Zugang zu Wohnraum) und entsprechende Unterstützungsangebote sicherstellen.

19. Was wollen Sie gezielt tun, um besonders queeren Frauen (trans*Frauen, Lesben) Schutz und Gleichstellung zukommen zu lassen?

Wir treten jeder Form von Gewalt und Diskriminierung entschieden entgegen. Schutzangebote und Beratung müssen für alle Betroffene erreichbar und sicher sein – unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Zudem setzen wir

auf konsequente Anwendung geltenden Rechts. Hass und Hetze dürfen in unserem Land keinen Platz haben.

20. Diese Intersektionalität wird auch besonders in der Istanbul-Konvention betrachtet. Wie werden Sie sicherstellen, dass der Auftrag der Umsetzung der Istanbulkonvention sich ebenfalls in adressatengerechten Präventions- und Schutzkonzepten wiederfindet?

Wir stellen Hilfesysteme wie Frauenhäuser, Beratungs- oder Interventionsstellen finanziell und organisatorisch so auf, dass sie dem Bedarf standhalten.

21. Welche gezielten Maßnahmen planen Sie, um den Gewaltschutz in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und in besonderen Wohnformen zu stärken (z. B. durch konkretere gesetzliche Rahmenbedingungen für Frauenbeauftragte in besonderen Wohnformen?)

Wir befürworten verbindliche Schutzkonzepte in Einrichtungen (Prävention, Beschwerdestrukturen, externe Ansprechpartner) sowie klare Melde- und Interventionswege und regelmäßige Schulungen des Personals.

Gewaltschutz

22. Wie stellen Sie und Ihre Partei sich den Bestand und Ausbau der Fach- und Beratungsstellen zum Thema sexualisierte Gewalt und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung vor? Inwiefern werden dabei berücksichtigt: ländlicher Raum, Abbau von Barrieren, TIN*-Personen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus?

Wir wollen das Hilfesystem ausbauen und besser finanzieren: Mehr Frauenhausplätze, schneller Zugang zu Hilfen und stabile Finanzierung. Für Rheinland-Pfalz werden wir daher entsprechende Mittel bereitstellen, Kapazitäten und Standards schaffen sowie die regionale Abdeckung so aufstellen, dass der Anspruch real eingelöst werden kann.

23. Wie stehen Sie zu einer Gesetzesänderung bei Vergewaltigungen von „Nein heißt Nein“ zu „Nur ja! Heißt Ja!“? Wie stehen Sie zu dem Leitfaden Sorge- und Umgangsrecht

Jede Reform muss Opferschutz stärken, aber auch rechtsstaatlich belastbar sein. Deutschland hat mit „Nein heißt Nein“ bereits eine deutliche Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung vollzogen. Wir setzen daher vorrangig auf bessere Ermittlung, Spezialisierung, Opferschutz in Verfahren, Täterarbeit und Prävention.

Beim Sorge- und Umgangsrecht unterstützen wir klare Leitlinien, dass bei (sexualisierter) Gewalt das Kindeswohl und der Schutz des betroffenen Elternteils konsequent berücksichtigt werden müssen – einschließlich enger Kooperation zwischen Familiengerichten, Jugendämtern und Fachberatungsstellen.

24. Insbesondere sexualisierte Gewalt hat häufig weitreichende und oft finanzielle Folgen für Betroffene. Die Taten werden meist nicht verurteilt, wodurch beispielsweise das SER nur schwer anwendbar ist. Der Fonds sexueller Missbrauch wurde zusätzlich eingestellt. Welche niedrigschwellige finanzielle Unterstützung planen Sie für Betroffene von sexualisierter Gewalt (bzw. juristische Kosten, Therapiekosten, Umzüge etc.)?

Aus unserer Sicht braucht es insbesondere eine Stärkung der Opferberatung, damit Leistungen schneller ankommen, sowie bessere Zugänge zu bestehenden Leistungen (z.B. Entschädigungsleistungen nach geltendem Sozialen Entschädigungsrecht).